REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 15 JAHRGANG II — März 2017, WIEN

erscheint monatlich

Revolte!

Revolte heißt Leben

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegensetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.
Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vorantreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskriegern in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu shützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.

Wer ist hier der Terrorist?



Es vergeht heutzutage kaum ein Tag, an dem die Medien nicht vom Terrorismus sprechen. „Terroranngriff des IS in XY“, „Terroristen festgenommen“, „Polizei konnte Schlimmeres verhindern“, usw.

Im selben Moment arbeitet der österreichische Staat (aber nicht nur) an Eilpaketen, mit denen Gesetze beschlossen werden sollen. Diese Gesetze sollen dem Staat erweiterte Befugnisse aller Art zur Hand geben, um gegen jede Form von „Terrorismus“ vorzugehen. In der letzten Ausgabe der REVOLTE berichteten wir über die aktuelle Debatte bezüglich des Delikts „Teilnahme an staatsfeindlichen Verbindungen“. Bisher hauptsächlich angewendet bei den sog. „Freemen“ und ähnlichen, soll dieser Paragraph in Zukunft gegen jedwede staatsfeindlichen Bewegungen eingesetzt werden können und wurde u.a. 1995 gegen die AnarchistInnen des „Revolutionsbräuhofs“ in Wien verwendet (siehe Artikel in der Februar-Ausgabe). Dazu brauche es in Zukunft lediglich eine Gruppe von zehn Personen, die alle die gleiche staatsablehnende Haltung teilen; es müssen weder Kundgebungen abgehalten noch gemeinsame Strukturen vorhanden sein, um mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft zu werden. Dass eine dermaßen schwammige „Rechtsgrundlage“ Tür und Tor öffnet für eine beliebige Auslegung, braucht nicht weiter erwähnt zu werden.
Wir sind AnarchistInnen und wir hassen den Staat. Daraus machen wir auch kein Geheimnis – im Gegenteil. Dieser Paragraph scheint nahezu perfekt auf AnarchistInnen zugeschnitten zu sein und wird wohl auch bei Linksradikalen Anwendung finden (auch wenn manche oftmals kein Problem mit dem Staat als solchem haben). Die Medien stehen im Dienste der herrschenden Ordnung, daher ist es auch nicht verwunderlich, dass dort AnarchistInnen oftmals mit TerroristInnen gleichgesetzt werden.

„Die Medien bemühen sich darum, glauben zu machen, dass einzig die Terroristen den Staat angreifen, und dass somit diejenigen, die den Staat angreifen, notgedrungen auch alle Terroristen sein müssen. Ihre Absicht ist deutlich: jeden Akt der Revolte mit Terrorismus gleichzusetzen, wobei dieser Begriff die emotionale Belastung noch um ein Vielfaches vergrößert. Der Terrorismus ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ (Os Cangaceiros)

Laut dem Duden-Wörterbuch ist der Terrorismus wie folgt definiert: „eine Einstellung und Verhaltensweise, die darauf abzielt, (politische Ziele) durch systematische Verbreitung von Angst und Schrecken durchzusetzen.“
Das ist im Wesentlichen das, was der österreichische Staat im Moment mit Hilfe der Medien macht: die Leute sollen sich anscheißen und sich dann alles an Repressalien durch den Staat gefallen lassen. Die Medien verbreiten Angst und Schrecken und die PolitikerInnen nutzen die Gunst der Stunde und drücken im Monatstakt ein repressives Gesetz nach dem anderen durch – ohne Gegenwehr von der Bevölkerung. Das ist der eigentliche Terrorismus.
Wenn wir als AnarchistInnen mit Worten und Taten den Staat und seine Symbole angreifen, dann handeln wir nicht terroristisch sondern revolutionär und subversiv. Wir wollen nicht Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiten sondern unter den Herrschenden. Für uns gibt es tausend gute Gründe, gegen diesen Staat und seine Gesellschaft zu revoltieren. Und wir wollen ein für alle mal Schluss machen mit dem Elend aus Ausbeutung und Unterdrückung. Der wirkliche Terrorist ist der Staat...

Neues aus österreichischen Kerkern

Mitte Februar gelang einem Insassen des Häfns in Klagenfurt die Flucht. Er versteckte sich in einem Müllsack und ließ sich von der Müllabfuhr „wegwerfen“. Während der Fahrt des Müllwagens zur Deponie konnte er unbemerkt abspringen und ist seither verschwunden. Die Bullen suchten natürlich in jeder Ritze nach ihm, konnten ihn aber nicht finden und gaben gar an, „dass eine Fahndung aussichtslos wäre“... Wir freuen uns, dass das geklappt hat! Auch zeigen die immer wieder erfolgreichen Ausbrüche aus österreichischen Gefängnissen, dass die Kontrolle und Überwachung dann doch nicht immer so flächendeckend funktioniert und es immer möglich ist, einen Moment der Freiheit zu erkämpfen.

Weniger Erfreuliches ereignete sich in der Justizanstalt Hirtenberg. Ein 55-jähriger Mann klagte seit einem halben Jahr über Bauchschmerzen, wurde aber von der Justizwache weder begutachtet noch ernst genommen. Nach einem halben Jahr wurde er endlich nach Wien in ein Spital gebracht, wo ihm ein Hodenbruch diagnostiziert wurde – inklusive sofortiger Notoperation. Die Gefängnisleitung sagte den Termin kurzfristig ab, angeblich aus Zeitgründen. Kurze Zeit später, Anfang Dezember, starb der Mann an Leber- und Nierenversagen...
Die Verantwortlichen schweigen, bzw. streiten jede Verantwortung ab. Die Angehörigen klagen nun gegen die Gefängnisleitung wegen fahrlässiger Tötung.
Die schlechte ärztliche Behandlung im Gefängnis ist allerdings kein Einzelfall, immer wieder sterben Häftlinge aufgrund fehlender Behandlung. Für uns ist das nur ein weiterer Grund, das Gefängnis und diese Gefängnisgesellschaft zu bekämpfen.

Jeder Mensch, der im Knast stirbt, wird von den Bütteln des Systems ermordet! Nieder mit allen Gefängnissen!

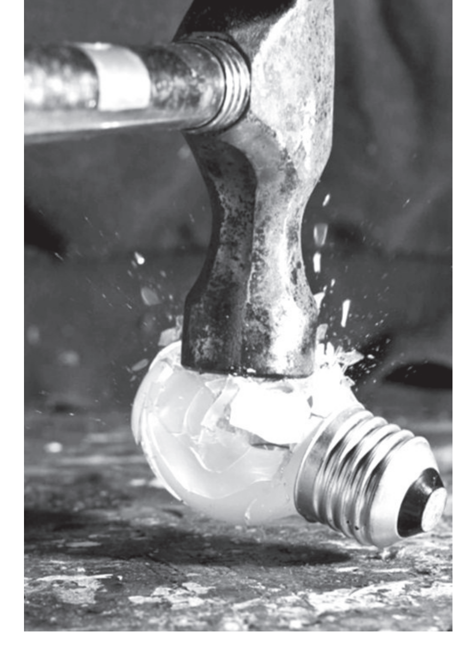
Der Bau des Murkraftwerks in Graz hat begonnen...

Am 5. Februar, direkt nachdem das Wahlvieh wiedereinmal zur Urne kroch um bei den Grazer Gemeinderatswahlen die konservativen Steigbügelhalter der Industrie und Kapitalisten von der ÖVP und ihren langjährigen Bürgermeister Siegfried Nagl im Amt zu bestätigen, begannen die Bauarbeiten für die neue Staustufe, die in Graz-Puntigam errichtet werden soll. Nicht verwunderlich, dass dies genau an diesem Tag geschah, denn die Zerstörung, die dieses neue Projekt der Profitmacherei und Ausbeutung von Mensch und Natur bedeutet, wurden durch den in Windeseile umgesetzten Kahlschlag des Murufers so offensichtlich, dass sie wohl selbst so manchen erzkonservativen Bürger dazu bewegen hätte können, seine Wahlentscheidung zu überdenken. Die Taktiererei der Politik, die seit je her eine ihrer Grundprinzipien ist, scheint offensichtlich - doch die braven Schafe, die jetzt über Gemeinheit der Autoritäten jammern und wehklagen und sich beim nächsten Mal wieder zur Urne schleppen, um die Verantwortung über ihr Leben bereitwillig in die Hände Anderer zu legen, über die sie dann wieder jammern und klagen können, sind wohl an Würdelosigkeit nicht zu überbieten.

Das Projekt und seine Profiteure
Beim Murkraftwerk Graz-Puntigam, das laut Angaben der Energie Steiermark AG (ESTAG), die das Projekt leitet, 2019 in Betrieb genommen werden soll, handelt es sich um ein Laufwasserkraftwerk. Es soll eine Staustufe errichtet werden, die die Mur auf eine Höhe von 9,7 m aufstauen soll, dazu ist es an den Ufern der Mur erforderlich auf einer Länge von 3,6 km Wälle zu errichten, denen die Flora und Fauna, die sich dort befindet, weichen soll. Eine Sache die bei der bekanntermaßen schlechten Luftqualität in Graz zu Recht kritisiert wurde. Durch die verringerte Fließgeschwindigkeit - denn die Staustufe verwandelt die Mur in ein beinahe stehendes Gewässer - wird die Wasserqualität der Mur sich mit absehbaren Folgen für die sie bewohnenden Organismen dramatisch verschlechtern. Auch die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks ist fraglich: laut Gutachten wird das Projekt den Betreibern in den nächsten 50 Jahren ausschließlich Verluste einbringen. Doch diese Kritik führe ich hier nur an um zu zeigen, dass dieses Projekt schließlich nicht dafür durchgeführt werden soll um für die Betreiber möglichst viel Profit abzuwerfen. Denn es rechnet sich nicht... Vielmehr stellt es ein Projekt zur Ankurbelung der lokalen und internationalen kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie dar, ein Fest der widerlichen Profiteure der Ausbeutung von Mensch und Natur. Es gilt zu beleuchten, wer die Aufträge bekommt, wer bei diesem Projekt fett absahnen will.

Politik und ESTAG, die sich zu 75% in Landesbesitz befindet, rühmen sich damit durch diesen Bau lokale Industrie und Bauwirtschaft zu stärken. Und so präsentiert die ESTAG auch auf ihrer Internetseite alle möglichen Interessensvertreter des Kapitals, die sich positiv auf ihr Projekt beziehen. Allen voran natürlich das Dreckspack von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, sowie natürlich auch die Gewerkschaftsbonzen des ÖGB, die sich schließlich über jeden neuen lokalen Ausbeutungsplatz freuen. Doch welche Ausbeuter der „lokalen“ Industrie sind es, die gefördert werden sollen? Natürlich das übliche Pack von Großkapitalisten, die von derartigen

(weiter auf der Rückseite)



Für Kritik, Text- und Diskussionsbeiträge sowie Anregungen: revoltezeitung@riseup.net

Alle bisherigen Ausgaben: https:revolte.blackblogs.org

Sozialer Krieg in Frankreich: letzte Episoden

« Wer wundert sich noch ? » [1]
Seit ungefähr einem Monat lodern die Banlieues von Paris wieder auf. Außergewöhnlich ist das nicht wirklich. Vor allem kracht es, wenn es darum geht, Gestorbene oder Verwundete zu rächen und ihrer zu gedenken. Manche erinnern sich vielleicht an die Aufstände der 90er Jahre, oder von 2005 und 2007, die damals auch große Aufmerksamkeit bei den bürgerlichen Medien in ganz Europa erregt haben.

«Erste, zweite, dritte Generation...» [2]
Dass Frankreich ein rassistischer Bullenstaat ist, daran lässt sich nicht zweifeln. Man braucht nicht sehr weit zurückblicken, um auf die koloniale und imperialistische Vergangenheit dieses Staates, voller Blut, Ausbeutung und Erniedrigungen zu stossen. Während den zwei Weltkriegen zum Beispiel mussten Bataillone von Kolonieangehörigen (vor allem aus Senegal und Algerien) in vorderster Front stehen und für den Staat Frankreich sterben. In den Nachkriegsjahren wurde eine massive Einwanderung aus diesen Ländern gefördert, um die Industrie und die Wirtschaft anzukurbeln. Sie wurden zur Fronarbeit auf Baustellen und in Fabriken verpflichtet. Sei es als Kanonenfutter oder als Billigkräfte, die eingewanderte Bevölkerung wurde immer verachtet und nie wirklich in der «französischen Gesellschaft» integriert. Zuerst wurden die Meisten in Slums an der Peripherie der Großstädte zusammengedrängt, bis die ersten «Cités» verplant wurden. Die Idee: Möglichst viele ungebildete Arbeiter*innen in grossen Siedlungen zu konzentrieren, außerhalb der Städte aber in Fabriksnähe, in riesigen Betonblöcken mit Blumennamen. Seit den sechziger Jahren sind diese Hochhaussiedlungen immer voller geworden, und die Landschaft der Banlieues hat sich bis heute kaum verändert.

Die soziale Realität bleibt auch unverändert: Verbannung, Perspektivlosigkeit, eingeschränkter Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt ist heutzutage immer noch das Los einer überwiegenden Mehrheit von Jugendlichen aus diesen «Problemvierteln». Dort ist die Repression allgegenwärtig: alltägliche rassistische Kontrollen, gewalttätige Razzien, erdrückende Polizeipräsenz. Die Bullerei spielt als uniformierte Staatsgewalt eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung und Reproduktion dieser Herrschaftsverhältnisse.

Der Auslöser für die Revolte von 2005 war der Tod von Zyed und Bouna. Als sie von einem Fußballspiel heimkehrten, wurden diese zwei Jungs von 17 und 15 Jahren von einer Polizeistreife verfolgt. Sie versuchten sich vor der Kontrolle in einem Transformator zu verstecken und bekamen dort einen tödlichen Stromstoß von 20'000 Volt. Später wurden Funksprüche der Streife veröffentlicht, die beweisen, dass den Bullen die Gefahr völlig bewusst war und sie trotzdem die Verfolgung weiterführten. 2015 wurden die Bullen endgültig freigesprochen.

«Théo und Adama erinnern uns, wieso Zyed und Bouna weggerannt sind » [3]
Im Juli 2016 stirbt Adama in einer Bullenstation. Unmittelbar bricht in seinem Viertel ein Aufruhr aus. Die offizielle Version lautet, sein Tod sei auf seinen schlechten Gesundheitszustand zurückzuführen. Erst nach einer Woche, zwei Autopsien und viel Druck wird berichtet, dass Adama während seiner Festnahme vom Gewicht dreier Bullen niedergedrückt wurde und dadurch erstickte. Im November werden zwei Brüder von Adama nach einer Protest-Demo vor dem Rathaus festgenommen. Einer befindet sich immer noch im Knast. Ihre Schwester wurde auch wegen Verleumdung angeklagt.

Théo wird im Februar 2017 während einer Kontrolle rassistisch und sexistisch beschimpft, verprügelt, und vergewaltigt. Mit einem Teleskopschlagstock wurde ihm eine zehn Zentimeter tiefe Wunde im Darm zugefügt. Laut dem Bericht der Bullen, die von einer «zufälligen Vergewaltigung» reden, soll seine Hose von selber runter gerutscht sein. Seit dem 6. Februar gibt es ununterbrochen Unruhen.

Es sieht so aus, als ob die Revolte sich jeden Tag wie ein Flächenbrand in alle Nord- und Ost-Banlieues von Paris, sowie in der Hauptstadt selbst, ausbreiten würde.

Angefangen hat es in Aulnay, der Stadt woher Theo kommt. Am 11. Februar gab es eine große Versammlung vor dem Gericht von Bobigny, einem symbolträchtigen Ort, wo tausende Jugendliche aus dem Pariser Vorort schon verurteilt wurden, wo auch mehrere Bullen mit blutigen Händen schon freigesprochen wurden. Angesichts der angehäuften Wut und der massiven Bullenpräsenz hat sich die Versammlung ziemlich schnell zu einer Auseinandersetzung entwickelt. Interessant dabei ist die entstandene Solidarität. Diesmal gab es keine Spaltung zwischen «Randalierer*innen» und «guten Demonstrant*innen». Alle blieben, als das erste Journalisten-Auto angezündet wurde und als manche die Bullen mit Steinen und Pyrotechnik angriffen, standen andere daneben und sangen. Die Feindschaft zwischen Gangs und verschiedenen Cités hat sich vor dem gemeinsamen Feind ebenso verflüchtigt. So wurden zum Beispiel Fluchtwege zwischen den verschiedenen Vierteln geschaffen, was sehr außergewöhnlich ist und die Bullen total überforderte.

Oft wiederholt sich dasselbe Schema: Bei Anbruch der Dunkelheit zerstreuen sich die massiven Versammlungen in kleine Gruppen von Aufrührer*innen. Dann bricht echte urbane Guerilla aus. Es wurden zum Beispiel Präfekturen, Rathäuser, Polizeistationen, McDonalds oder Tankstellen mit Steinen und Molotowcocktails attackiert. Mehrere Sportgeschäfte wurden auch geplündert. Diese Aufteilung in kleinere Gruppierungen erlaubt eine hervorragende Mobilität und permanente Störmanöver gegenüber den Bullenstreifen. Die «Sicherheitskräfte» versuchen zweifellos die Kontrolle über die Viertel zurückzuerobern. Diese Städte wurden schon damals für die Bekämpfung von Aufständen geplant - das Gericht von Bobigny ist zum Beispiel nur durch einen sehr schmalen Steg zu erreichen, der vom Vorplatz aus nicht anzugreifen ist. Die Bullenpräsenz wird zur diffusen militärischen Besatzung, die es unbedingt anzugreifen gilt. Es wurde eine unglaubliche Menge an Gummischrott und Blendgranaten eingesetzt. Auf manchen Bildern sieht man, wie die Tränengaswolken die letzten Stockwerke der riesigen Hochhäuser vernebelten. Die Bullerei hat sogar mit scharfer Munition Warnschüsse abgegeben. Öffis halten in den meisten Haltestellen der Zone nicht mehr und die Straßenbeleuchtung wurde abgestellt. Es wurde auch eine Art Ausgangssperre für die ganze Banlieue eingesetzt.



Laut Berichten ist auch das Zusammenkommen von erfahrenen Militanten aus Paris, die am Radau teilnehmen wollen, und rebellischen Jugendgruppen vom Vorort bemerkenswert. Solche Begegnungen waren in den letzten Jahren nicht immer einfach; sowohl ihre Grundüberzeugungen als auch ihre alltäglichen Repressionserfahrungen sind ganz unterschiedliche. Im Eifer des Gefechts bildete sich aber eine Kompliz*innenschaft, die einen bedeutenden Wissensaustausch ermögliche: Einerseits kennen sich die einen besser mit dem Terrain und den dortigen Bullentaktiken aus, andererseits nehmen die anderen Salzlösung, Schutzbrillen, Vermummungen und AntiRep-Nummern mit. Die Frage bleibt trotzdem offen, wie solche heterogenen Erlebnisse und Vorgehensweisen im gemeinsamen Kampf zusammenlaufen können.

«Polizei überall Gerechtigkeit nirgends»
Der kleine gemeinsame Nenner lautet Bullenhass, und das reicht zunächst. Es scheint auch, dass diese Revolte nicht zu vereinnahmen ist, dass niemand sie verwalten kann: weder Kandidaten, noch NGOs oder onkelhafte Gewerkschaften. Es wurde zum Beispiel eine Person ausgepfiffen, die das Wort ergreifen wollte, um die Demonstrant*innen zum Wählen zu ermuntern – die Präsidentschaftswahlen sollen ja im April-Mai stattfinden. Ein Versuch, die Nationalhymne anzustimmen, ist auch sehr rasch fehlgeschlagen. Trotz der allenthalben Beruhigungsaufforderungen seitens der Regierung, der Medien und auch der Opferfamilien, ist zu hoffen, dass sich diese Revolte nicht zügeln lässt.

Gewisse Forderungen bleiben trotz allem im bürgerlich-liberalen Diskurs stecken. Beispielhaft: «Wir sind eigentlich alle Französ*innen; wir sollten die selben Rechte haben, und gleich behandelt werden». Wenn manche mehr Gerechtigkeit oder Wahrheit verlangen, machen sich aber viele keine Illusionen mehr über den Staat und seine Wachhunde. Die überwiegende Mehrheit der Medien hat die offizielle Version Wort für Wort übernommen. Die meisten Politiker*innen haben sich gleich nach den Ereignissen mit den Bullen solidarisiert, «die schon in sehr prekären Bedingungen arbeiten». Alle Bullen, die solche Sauereien begangen haben, wurden ausnahmslos freigesprochen oder bekamen kleine Bewährungsstrafen. Dagegen sind schon hunderte Jugendliche, die die letzten Wochen Bahö auf den Straßen machten, festgenommen worden und zu schweren Strafen verurteilt worden.

Die Justiz ist vor allem für die Sicherung des Staates da, für das Fortbestehen der Herrschaftsordnung. Solche reformistischen Forderungen nach einer Verbesserung des Systems sparen den autoritären Kern von jedem Staat total aus. Es hat hier gar keinen Zweck, vom Staat mehr Gerechtigkeit zu fordern: Es war einfach nie seine Angelegenheit.

Menschen, die von der Gewalt und den Einschüchterungen seitens der Bullen schockiert sind, vergessen dabei, dass solche Übergriffe tatsächlich die Regel sind. Im Durchschnitt werden in Frankreich jedes Jahr über zehn Menschen während Kontrollen oder Festnahmen ermordet. Die Gewalt ist bei weitem keine isolierte Tatsache, die von «verantwortungslosen» Individuen begangen wurde. Diese immer wiederholte Gewalt ist ein fester Bestandteil der Aufgabe der Hüter der Rechtsordnung. Diese institutionelle Gewalt hält die ungerechten Herrschaftsverhältnisse und die systematische Ausschlusspolitik des Staates aufrecht.

Die Übergriffe auf Théo und Adama waren kein Zufall. Beide rebellierten gegen die unterdrückende Normalität; beide haben bei «gewöhnlichen» Identitätskontrollen eingegriffen. Beide wurden übrigens nachträglich - das heißt nach seinem Tod beziehungsweise nach seiner Vergewaltigung - von den Bullen wegen Widerstand angeklagt. Sie mussten wieder in ihre Schranken von folgsamen Unterdrückten gewiesen werden. Deswegen wurden sie auf dieser Art und Weise gebrochen und vernichtet. Es waren keine Ausnahmen, sondern der reine Ausdruck der rassistischen, machistischen und klassistischen Vormacht, die uns alle beherrscht.

Auch wenn der Auschluss in Frankreich ein viel sichtbarer ist, so haben doch die Bullen hier wie dort die selbe Funktion: den Schutz der herrschenden Ordnung. Und auch wenn die sozialen Spannungen in Frankreich andere sind als hier, zeigen die Leute in den Banlieues den einzigen respektablen Umgang mit der Kiberei: sie aus den Vierteln zu verjagen!

1 Titel eines Raps von La Rumeur - 2007
2 «...Wir sind alle Migrantenkinder»
3 Graffiti vor dem Gericht von Bobigny

(weiter: Kraftwerksbau...)
Projekten profitieren...
Die allseits bekannte Verbund AG, der Größte Stromerzeuger Österreichs, stieg ursprünglich wegen der nicht gegebenen Wirtschaftlichkeit aus dem Projekt aus. Doch sie hat wohl doch noch eine Aussicht auf Profit gewittert und beteiligt sich nach neuesten Informationen nun schlussendlich doch zu 12,5% (und behält es sich vor, ihren Anteil zu erhöhen) und soll künftig den Betrieb des Kraftwerks übernehmen. Die Verbund AG betreibt bereits 40 Wasserkraftwerke in der Steiermark und darüber hinaus viele weitere im In- und Ausland.

Der Auftrag zur Fertigung und Montage der Turbinen und des Maschinenbaus wurde an den Industriekonzern Andritz AG vergeben. Auch dieser Konzern ist kein unbekannter, so ist er auch an dem widerwärtigen Megastaudammprojekt Belo Monte in Brasilien beteiligt. Einem Projekt, das an Verachtung und Zerstörung von Mensch und Natur wohl schwer zu überbieten ist. Rund 40.000 Menschen sollen zwangsumgesiedelt werden, fruchtbares Land und Regenwald überschwemmt werden um Energie zu erzeugen, die größtenteils in die Montanindustrie – also in weitere Ausbeutung und Umweltzerstörung – fließen soll. Gegen dieses Projekt, das jede Würde mit Füßen tritt, wird seit Jahrzehnten erbittert Widerstand geleistet.
Der Siemens Konzern übernimmt die Aufgabe, die Transformatoren für das Murkraftwerk herzustellen. Auch hier handelt es sich wieder um einen Konzern, der seine Finger seit jeher in allen möglichen schmutzigen Geschäften hat - neben der Lieferung von Technologie für Überwachung, Militär und Atomindustrie ist er ebenfalls an besagtem Projekt in Brasilien beteiligt. Es reicht hier der Platz bei weitem nicht aus, um alle Widerwärtigkeiten aufzuzählen, in denen die besagten Konzerne verstrickt sind - mit diesen ließen sich ganze Bücher füllen. Es geht mir darum die Zusammenhänge und Verstrickungen der Unternehmen herauszuarbeiten und so aufzuzeigen, dass das Murkraftwerk nur ein Projekt von vielen ist, dass die Akteure jedoch oft die gleichen sind und dass es die todbringende kapitalistische Wirtschaftsordnung ist, die alles zu Mahlgut für ihre Mühlen degradiert, die sie hervorbringt.

Die Zeit des Bettelns muss enden
Am Projekt des Murkraftwerks zeigt sich wiedereinmal klar die Sackgasse des zivilgesellschaftlichen Protests. Seit Jahren existieren unterschiedliche Bürgerinitiativen in Graz, die sich gegen den Bau des Kraftwerks richten. Ihre Vorgehensweise ist dabei die gleiche, die Gruppen dieser Art immer anwenden: Skandalisieren, Petitionieren, Aufklären, friedlichen, demokratischen Protest organisieren... Sie appellieren an den Staat und Politik und würden so gerne gehört werden, werben für Parteien, die gegen das Projekt sind, etc. Kurz: Es mangelt ihnen an grundlegender Analyse von der Welt, in der sie leben. Sie betrachten den Staat als ein Mittel, das benutzt werden kann, um gegen kapitalistische Ausbeutung vorzugehen und verleugnen damit die vorrangige Rolle des demokratischen Staates in diesem System: der Staat, seine Gesetze, seine Agenten in Politik, Militär und Polizei sind dazu da die Eigentumsordnung, die Grundlage des kapitalistischen Systems zu stützen und mit Gewalt zu verteidigen. Nun, es ist entweder dieser Mangel an Analyse oder die Tatsache, dass wenn ein bestimmtes Projekt des Kapitals nicht realisiert wird, sie mit ihrem Leben von Ausbeutung und Unterdrückung eigentlich ganz zufrieden sind. Für mich ist klar abzulehnen, mit der Politik und den Kapitalisten in Dialog zu treten. Diese müssen als das betrachtet und behandelt werden was sie sind: Feinde der Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt mit dem faulen Frieden zu brechen, der sich in diesem Land erbittert aufrechterhält und hierbei auch die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen von einem revolutionären Standpunkt aus zu kritisieren. Ihre Rolle ist es oft, den Widerstand in geordnete Bahnen zu lenken, den geistigen Horizont der Wütenden auf Vertrauen in die demokratischen Prozesse zu beschränken und sie damit in die Passivität zu treiben, in einem Moment wo Initiative gefragt ist. Die selbstorganisierte Initiative, die mit dem von der Demokratie vorgegebenen Regelwerk bricht, die sich ihrer eigenen Stärke und Unberechenbarkeit bewusst ist.

Doch glücklicherweise regt sich in Graz auch auf andere Art und Weise Widerstand gegen den Kraftwerksbau. Und zwar jenseits des zuvor kritisierten Appellierens an die Autoritäten, sondern basierend auf Selbstorganisation und direkter Aktion. Es wurden Protestcamps eingerichtet um die Bauarbeiten zu behindern und es kommt vermehrt zu Blockaden der Bauarbeiten, meist durch Besetzen der Maschinen und Bagger. Es bietet sich jedoch ein breites Feld an Möglichkeiten um zum Angriff über zu gehen. Die Profiteure, ihre Steigbügelhalter in der Politik und ihre Schergen sind leicht zu identifizieren und gerade die großen Firmen sind auf dem ganzen Terrain verteilt und bieten viele Angriffsflächen und Gelegenheiten, den Normalvollzug zu sabotieren. Man denke nur an die weitverzweigten Adern der Energieübertragung, die Konzernsitze, die Maschinerie der Bauunternehmen...

Für Kritik, Text- und Diskussionsbeiträge sowie Anregungen: revoltezeitung@riseup.net **Alle bisherigen Ausgaben: https://revolte.blackblogs.org**